

5/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Helmut Kohl: Wir bleiben auf dem Weg der Mitte

„Wir bleiben auch in Zukunft die Partei, in der die christlich-soziale, die liberal-freiheitliche und die wertkonservative Überzeugung und Tradition politische Heimat haben.“ Mit diesen Worten faßte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, nach einer Sitzung des Bundesvorstands am Montag die Meinung der Partei zu der öffentlich geführten Diskussion über eine mögliche Standortveränderung zusammen.

Helmut Kohl: Alle, die sich im Bundesvorstand zu Wort gemeldet haben, haben deutlich gemacht, daß eine Standortveränderung nach links oder rechts für uns nicht in Frage kommt. Wir wünschen vielmehr, daß unsere Mitglieder, unsere Freunde und alle, die in der Partei zur Führung berufen sind, unsere Politik mit großer Intensität und Bereitschaft zur kämpferischen Auseinandersetzung vortragen.

Eingehend hat sich der Bundesvorstand vor allem mit der Vorbereitung des Bundesparteitags vom 10. bis 13. September in Bremen befaßt. Dort sollen zwei wichtige Bereiche an jeweils einem Tag behandelt werden:

- **der Bericht der Organisationskommission**, die im Augenblick regelmäßig unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden tagt und eine kritische Bestandsaufnahme der Strukturen der Partei mit Vorschlägen verbindet, wie es in Zukunft weitergehen soll
- **und das wichtige Thema „Umwelt und Energie“.** Dafür ist unter dem Vorsitz von Bundesumweltminister Klaus Töpfer eine Arbeitskommission eingesetzt worden, die eine Art Manifest erarbeiten soll, das

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Interview

Helmut Kohl: Zu dieser Koalition gibt es keine Alternative. Seite 3

● Renten

Heiner Geißler zum Rentenkompromiß: Langfristige Stabilisierung und Anerkennung der Arbeit in der Familie. Seite 11

● SPD/AL

Sozialdemokraten zum Pakt mit den Linkenradikalen bereit. Seite 15

● Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit liegt jetzt deutlich unter dem Vorjahresniveau. Seite 17

● Sicherheit

Wer mehr vorgerüstet hat, der muß jetzt auch mehr abrüsten. Seite 18

● Landwirtschaft

Neuorientierung in der Agrarpolitik. Von Richard Bayha. Seite 19

● Dokumentation

Helmut Kohl: 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland — Unsere Verantwortung für Deutschlands Zukunft. Grüner Teil

rechtzeitig vor dem Bundesparteitag für die Diskussion in der Partei zur Verfügung stehen wird.

Ausländerwahlrecht und Asyl

Nach den Worten des Bundeskanzlers wird sich noch vor der Sommerpause der Bundesparteiausschuß, der sogenannte „kleine Parteitag“, mit dem Thema Ausländerrecht und Asylantenfragen befassen, das auf dem Wiesbadener Parteitag im letzten Jahr wegen Zeitknappheit nicht mehr abschließend hatte behandelt werden können.

Walter Wallmann, der sich diesem Thema widmet, hat einen ersten Zwischenbericht gegeben. Helmut Kohl: Wir haben im Bundesvorstand ganz eindeutig die Position der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU/CSU-Landtagsfraktionen unterstützt, die ein kommunales Ausländerwahlrecht ablehnt.

Verantwortung für Berlin

Eberhard Diepgen hat über die Situation in Berlin berichtet und vom Bundesvorstand die einmütige Unterstützung für die

Position der Berliner CDU erhalten. Helmut Kohl: Wir haben in acht Jahren Berlin weit nach vorne gebracht, aber jetzt droht die Gefahr, daß diese Aufbaurbeit zunichte gemacht wird. Wir sind der festen Überzeugung, daß eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Alternativer Liste das, was in Berlin geleistet wurde, ernsthaft in Frage stellen wird. Deshalb unterstützen wir eine Politik in Berlin, die unter Führung von Eberhard Diepgen die Gesamtverantwortung für die Stadt ganz klar vor parteipolitische Interessen stellt.

Beifall für Norbert Blüm

Der Bundesvorstand hat mit großem Beifall die persönliche Leistung von Norbert Blüm bei den Rentengesprächen zwischen Koalition und Sozialdemokraten gewürdigt. Helmut Kohl: Wir haben zu einem frühen Zeitpunkt gesagt, daß es nützlich wäre, wenn die großen Parteien in einer Reihe von wichtigen Fragen der nationalen Existenz zu Konsens und Übereinstimmung finden könnten. Es scheint hier so zu sein.

SPD-Parteitag: Verschiebung

„Nun wird die SPD statt im August im Dezember in Bremen tagen. Einigen kommen die Bremer Stadtmusikanten in den Sinn. Dort waren Esel, Hund, Katze und Hahn zusammen so stark, daß sie die Räuber besiegten. Bis jetzt aber ist noch kein Bösewicht von den Programm-Musikern der SPD in die Flucht geschlagen worden, die so sehr das Böse verachten und das Gute wollen. Bisher hat die Programmkommission keinen Hund hinter dem Ofen hervorgelockt, kräht kein Hahn danach, ist vieles für die Katz, von den Eseln zu schweigen.“

FAZ, 10. Februar 1989

„Ich halte es für falsch, daß man angesichts einer Wahlniederlage aussortiert: die, die es immer gewußt haben, und die, die es nicht gewußt haben. Wir haben eine ausgezeichnete Politik gemacht; wir haben sicherlich in der Darstellung der Politik unsere Probleme und unseren Nachholbedarf. Das Tempo, mit dem diese Politik durchgesetzt werden mußte, nämlich unter dem Zeitdruck des europäischen Binnenmarktes ab 31. Dezember 1992, ist und bleibt aber unser eigentliches Problem.“

Bundeskanzler Helmut Kohl

Helmut Kohl: Zu dieser Koalition gibt es keine Alternative

Nach dem Berliner Wahlergebnis sind eine Reihe von politischen Themen wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, die überwiegend nicht neu sind, aber auf einmal Anlaß zu neuen Fragen geben. Der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, beantwortet diese Fragen in einem aktuellen Interview mit der Illustrierten „Quick“.

Frage: Wie es aussieht, kommt es in Berlin zu einer großen Koalition zwischen CDU und SPD. Andere Alternativen scheiden wohl aus. Das bedeutet ein Bundesland mit einer großen Koalition. Herr Bundeskanzler, wie weit wird Bundespolitik davon berührt?

Helmut Kohl: Das Berliner Wahlergebnis ist für die CDU eine schwere Niederlage, die wir sehr ernst nehmen — in Berlin und auch in der Bundespartei. Mein Rat an die Berliner ist eindeutig: das Interesse der Stadt vor alle Parteüberlegungen zu stellen. Dies ist auch die Position von

„Über die Risiken und Gefahren für unseren Wohlstand sowie die Systeme der sozialen Sicherheit machen sich viele keine Gedanken, weil es ihnen gutgeht.“

Eberhard Diepgen und der Berliner Parteiführung. Und im Interesse der Stadt liegt eine tatkräftige und aktionsfähige Landesregierung. Berlin wird in Ost und West mit größter Aufmerksamkeit beobachtet. Deshalb geht es hier für uns als CDU vor allem darum, das Ansehen und die Zukunft der Stadt zur Richtschnur unseres Handelns zu machen. Ähnliche

Probleme bei der Regierungsbildung haben wir in der Geschichte der Bundesrepublik auch in anderen Bundesländern gehabt, ohne daß sie direkte Auswirkungen auf das jeweilige Bonner Regierungsbündnis hatten. Lassen Sie mich hinzufügen, daß jegliche Zusammenarbeit der SPD mit der Alternativen Liste in Berlin zu verurteilen wäre. Selbst die Berliner SPD hat noch am Wahlabend an das

Interview

gebrochene Verhältnis der Alternativen Liste zum Gewaltverzicht und zum Viermächtestatus Berlins erinnert.

Frage: Welche Signalwirkung hat das Berliner Wahlergebnis für Bonn?

Helmut Kohl: Theo Waigel für die CSU, Graf Lambsdorff für die FDP und ich haben das Wahlergebnis in Berlin eingehend besprochen. Wir haben miteinander vereinbart, die Zusammenarbeit zwischen den drei Koalitionspartnern möglichst reibungslos zu gestalten, ausgerichtet an unserem gemeinsamen Koalitionsprogramm. In der Vergangenheit gab es zu oft allzu voreilige, laute und manchmal zu wenig überlegte öffentliche Auseinandersetzungen innerhalb der Koalitionsparteien und zwischen ihnen, die bei den Wählern Irritationen auslösen mußten. Das muß anders werden. Dies ist eine wichtige Lehre aus dem Berliner Wahlergebnis.

Frage: Kriselt es in der Bonner Koalition?

Helmut Kohl: Nein, denn zu dieser Koalition gibt es keine Alternative. Unsere Arbeit kann sich wirklich sehen lassen.

Wir haben in Europa wieder einen Spitzensitz. Was uns allerdings bisher noch nicht gelang, ist, dieses gute Ergebnis unserer Politik den Bürgern bewußt und die Zusammenhänge deutlich zu machen. Wir haben im vergangenen Jahr unter größtem Zeitdruck wichtige Reformen durchsetzen müssen.

Frage: *Steuer- und Gesundheitsreform, Post- und Rentenreform — alle unter Zeitdruck? Wieso?*

Helmut Kohl: Wenn wir nicht jetzt die Bundesrepublik in den Stand setzen, die Herausforderungen der Zukunft zu beste-

„Leider ist es bisher noch nicht gelungen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß alles, was wir jetzt tun, gerade um unserer Zukunft willen notwendig ist.“

hen, dann werden wir unsere Spitzenposition in der Europäischen Gemeinschaft verlieren. Wenn wir jetzt nicht die notwendigen Investitionen in unsere Zukunft vornehmen, steigen wir — um in der Fußballsprache zu reden — aus der höchsten Liga ab.

Frage: *Ist das den Bürgern so schwer vermittelbar?*

Helmut Kohl: Über die Risiken und Gefahren für unseren Wohlstand sowie die Systeme der sozialen Sicherheit machen sich viele keine Gedanken, weil es ihnen so gut geht. Leider ist es bisher noch nicht gelungen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß alles, was wir jetzt tun, gerade um unserer Zukunft willen notwendig ist. In Berlin haben wir junge Wähler verloren, weil wir dieses noch nicht deutlich machen konnten. Exportland Nummer eins in einer rundum gesicherten Zukunft bleiben wir jedenfalls nur dann, wenn wir auch künftig erstklassige Waren zu vernünftigen Preisen anbieten können. Erstklassige

Waren heißt: Produktion auf der Grundlage bestmöglicher Ausbildung, an der nicht gespart werden darf. Das heißt auch: Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die Lehr- und Lernmisere an den Hochschulen beseitigen können. Ich bin fest entschlossen, mich in dieser Sache zu engagieren. Das heißt aber auch, daß wir die Mittel für die Forschung weiter verstärken müssen. Schon 1988 haben wir — Wirtschaft und Staat — rund 60 Milliarden Mark in die Forschung investiert, den höchsten Betrag in unserer Geschichte. Die Zukunft unseres rohstoffarmen Landes hängt von nichts mehr ab als von den Ideen, den Fertigkeiten und den Talenten unserer Bürger.

Frage: *Was kann die Politik für vernünftige Preise im Export tun?*

Helmut Kohl: Da spielen viele, z. T. sehr unterschiedliche Faktoren eine Rolle. Nehmen Sie z. B. die Steuerproblematik. Nicht zuletzt wegen der Stärkung unserer Leistungsfähigkeit und unserer Wettbewerbsfähigkeit haben wir die Steuerreform durchgesetzt und die Steuern um fast 50 Milliarden Mark gesenkt. Gleichzeitig bleibt es notwendig, nach 1990 und

„Die Zukunft unseres rohstoffarmen Landes hängt von nichts mehr ab als von den Ideen, den Fertigkeiten und Talenten unserer Bürger.“

vor der Vollendung des europäischen Binnenmarktes Ende 1992 die Unternehmensbesteuerung zu ändern, um unsere Betriebe konkurrenzfähiger zu machen, denn wir haben hier immer noch die höchste Besteuerung in der Europäischen Gemeinschaft.

Frage: *Sehen Sie sich also als Kanzler der Reformen?*

Helmut Kohl: Ich mag solche Titel nicht. Anfang der 70er Jahre besaß der Begriff

Reform noch viel Glanz — inzwischen ist der Glanz verblaßt.

Frage: Ist das Bild der Deutschen im Ausland nicht in Gefahr, Kratzer zu bekommen? Durch Waffenexporte, durch das Tornado-Geschäft mit Jordanien und jetzt auch noch durch einen 8-Prozent-Wahlerefolg der Republikaner in Berlin?

Helmut Kohl: Ich darf mit dem letzten Punkt Ihrer Frage beginnen: Natürlich bin ich über den Einzug der Republikaner in das Berliner Abgeordnetenhaus alles andere als glücklich. Und mir mißfällt vor allem, wieviel Ressentiment gegenüber Ausländern in der Propaganda dieser Partei zum Ausdruck kam. Unabhängig davon verweise ich darauf, daß die Ausländerproblematik ja kein rein deutsches Thema ist, sie stellt sich schließlich in den meisten Ländern Westeuropas. Denken Sie nur an den Erfolg von Le Pen in Frankreich. Für mich als den Vorsitzenden der CDU sind die

„Für mich als den Vorsitzenden der CDU sind die Republikaner keine Gesprächspartner; eine Zusammenarbeit mit ihnen kommt erst recht nicht in Betracht.“

Republikaner keine Gesprächspartner; eine Zusammenarbeit mit ihnen kommt erst recht nicht in Betracht.

Frage: Die Republikaner geben sich aber sogar noch Wachstumschancen!

Helmut Kohl: Ich sage Ihnen voraus, daß die Republikaner eine vorübergehende Erscheinung sein werden, wie sie in den 60er Jahren die NPD war. Unsere Demokratie hat sich immer wieder als stark genug erwiesen, um mit dem Problem des Radikalismus fertig zu werden. Dies gilt sowohl für den Radikalismus von rechts wie für jenen von links. Um auf die Waffenexporte zurückzukommen: Es ist der entschiedene Wille der Bundesregierung,

dass sich deutsche Unternehmen oder deutsche Privatpersonen nirgendwo in der Welt am Bau von Produktionsanlagen oder an der Produktion atomarer, biologischer und chemischer Waffen beteiligen. Nun hat es sich gezeigt, daß unsere Gesetze nicht ausreichen, dies sicherzustellen. Wir werden also jetzt

„Ich sage Ihnen voraus, daß die Republikaner eine vorübergehende Erscheinung sein werden, wie sie in den sechziger Jahren die NPD war. Unsere Demokratie hat sich immer wieder als stark genug erwiesen, um mit dem Problem des Radikalismus fertig zu werden.“

Gesetzesänderungen vorschlagen, die garantieren, daß künftig mit allen rechtlichen Mitteln gegen solche Machenschaften vorgegangen werden kann.

Frage: Was muß sonst noch geschehen?

Helmut Kohl: Wir müssen alle, also auch die anderen westlichen Länder, zu gemeinsamen Aktivitäten kommen. Im übrigen lege ich Wert darauf, daß Rüstungsexporte, die offiziell genehmigt sind, nicht diskreditiert, ja kriminalisiert werden. Hier üben wir ohnehin mit am meisten Zurückhaltung unter allen vergleichbaren Industrienationen.

Frage: Ist damit etwa auch die Frage des „Leo-II“-Exports in den Nahen Osten vom Tisch?

Helmut Kohl: Ich erinnere an den Streit darüber, ob mein Vorgänger Helmut Schmidt in Riad wirklich die Lieferung von „Leo-II“-Panzern an Saudi-Arabien zugesagt hat oder nicht. Ich jedenfalls habe sie nicht geliefert. Während also bei uns über Waffenlieferungen geredet wird, die gar nicht stattfanden, wird nicht gesprochen über die umfangreichen Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien durch einige unserer Verbündeten. Was schließ-

lich die acht Tornados für Jordanien betrifft: Wir haben als Mithersteller des Tornados kein vertragliches Vetorecht, wenn die Briten ihn exportieren wollen. Im übrigen: Als ich hörte, daß die bundeseigene „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ das Geschäft mitsfinanzieren wollte, habe ich sofort mit dem Finanzminister gesprochen — und die Bank ist ausgeschieden.

Frage: *Müssen wir denn überhaupt Waffen exportieren?*

Helmut Kohl: Auf dem Rüstungssektor ist die internationale Zusammenarbeit schon aus Kostengründen unerlässlich.

„Ich lege Wert darauf, daß Rüstungsexporte, die offiziell genehmigt sind, nicht diskreditiert, ja kriminalisiert werden. Hier üben wir ohnehin mit am meisten Zurückhaltung unter allen vergleichbaren Industrienationen.“

Und das bedeutet auch Export und Import von Waffen. Wir müssen also in einem bestimmten Umfang Waffen ausführen, insbesondere in unsere Partnerländer innerhalb der NATO. Aber es gibt viele gute Gründe, weshalb wir beim Waffenexport besonders zurückhaltend sein sollten.

Frage: *Trotz dieser Zurückhaltung wird wieder über das Thema „Der häßliche Deutsche“ diskutiert.*

Helmut Kohl: Ich kenne diese Diskussion. Sie dürfte nicht ganz frei sein von Heuchelei. Und auch Neid dürfte dabei eine Rolle spielen. Wir stehen im siebten Jahr einer beachtlichen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Auch im Vergleich mit den Partnern in der EG stehen wir sehr günstig da. Das erzeugt eben nicht nur Applaus.

Frage: *Wieso kommen die kritischsten Stimmen ausgerechnet aus den USA?*

Helmut Kohl: Ob es die kritischsten Stimmen sind, weiß ich nicht. Aber in amerikanischen Zeitungen waren einige Artikel zu lesen, die ich nicht nachvollziehen konnte, so beispielsweise, als mir eine anti-amerikanische Politik unterstellt wurde. Bis vor kurzem waren Ronald Reagan und ich für den Warschauer Pakt die Negativ-Figuren schlechthin, wahrscheinlich, weil wir — nicht zuletzt in der Sicherheitspolitik — so gut zusammengearbeitet haben. Und gerade zu dem Zeitpunkt, da US-Journalisten Sonderbares über die Politik der Bundesregierung schrieben, hatten wir hierzulande eine eingehende Diskussion darüber, ob es bei der Wehrpflichtverlängerung bleiben soll oder nicht. Mein Votum gab den Ausschlag für das Festhalten an der Verlängerung. Das geschah vor allem, weil wir unsere Bündnisverpflichtungen sehr ernst nehmen und wissen, daß Freiheit nicht zum Nulltarif zu erhalten ist.

„Wir nehmen unsere Bündnisverpflichtungen sehr ernst und wissen, daß Freiheit nicht zum Nulltarif zu erhalten ist.“

Frage: *Liegt die Trübung des Verhältnisses vielleicht an der neuen Administration Washingtons nach Reagan?*

Helmut Kohl: Auf keinen Fall. Ich kenne George Bush seit langer Zeit und weiß, wie sehr ihm an guten Beziehungen zu uns gelegen ist. In seinem ersten Telefongespräch hat mir Präsident Bush versichert, wie eng und freundschaftlich er mit uns zusammenarbeiten will. Natürlich gibt es immer wieder einmal Probleme, auch zwischen befreundeten Staaten, vor allem dann, wenn es um wirtschaftliche Fragen und damit um Geld geht.

Frage: *Bisher hat Bonn und haben Sie selbst eine maßgebliche Rolle bei der Vorbereitung der Ergebnisse der Abrüstung in*

Ost und West mitgespielt. Wird Bonn auch mit Bush seinen Einfluß halten können?

Helmut Kohl: Ich bin sicher, daß George Bush diesen Weg in eine Welt mit weniger Waffen weiter gehen wird. Wir werden — wie in der Vergangenheit — dabei eine aktive Rolle spielen, zumal bei der konventionellen Abrüstung und beim notwendigen weltweiten Verbot chemischer Waffen die deutschen Interessen in besonderer Weise berührt sind. Präsident Bush und ich haben vereinbart, daß wir ständig in engem Kontakt bleiben.

Frage: *Belastungen ganz anderer Natur gibt es mit Polen. Ist nicht jetzt die Zeit reif für eine endgültige Aussöhnung?*

Helmut Kohl: Adenauer hatte 1949 gesagt: Wir brauchen die Aussöhnung und den Frieden mit den Feinden und Kriegsgegnern von gestern. Er nannte im besonderen drei Länder — Frankreich, Israel, Polen. Die Aussöhnung mit Polen ist in der Tat noch nicht vollendet. Allerdings ist dies auch besonders schwierig — wegen der Last der Geschichte.

Schreckliches ist in deutschem Namen an Polen geschehen, und es ist in der Revanche Schreckliches in polnischem Namen an Deutschen geschehen. Wir wollen die Geschichte weder vergessen noch verdrängen, wir wollen in die Zukunft schauen und das Werk der Versöhnung — vor allem im Interesse unserer jungen Generationen — vorantreiben.

Frage: *Immerhin gibt es doch bereits einen Vertrag mit Warschau.*

Helmut Kohl: Selbstverständlich gelten die geschlossenen Verträge, also auch der Warschauer Vertrag, und ebenso bindend sind für uns die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts dazu. Dies sind die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen. Jetzt kommt es darauf an, diese Bestimmungen mit Leben zu erfüllen. Zum Beispiel durch einen deutsch-

polnischen Jugendaustausch. Bei gutem Willen auf beiden Seiten wird es möglich sein, junge Leute zusammenzubringen. Mein Wunsch ist, daß möglichst bald viele junge Polen ihre Ferien in deutschen Familien verbringen dürfen und umgekehrt, junge Deutsche in Polen Urlaub machen können.

„ Mein Wunsch ist, daß möglichst bald viele junge Polen ihre Ferien in deutschen Familien verbringen dürfen und umgekehrt, junge Deutsche in Polen Urlaub machen können. „

Frage: *Was versprechen Sie sich davon?*

Helmut Kohl: Ich bin sicher, daß die jungen Polen, die nach Hause zurückkehren, berichten werden, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland den Frieden und die Freiheit lieben und keinen Revanchismus wollen.

Frage: *Der Herr Bundespräsident reist gleichfalls nach Polen. Weshalb wird darum gestritten, ob er am 1. September — dem Tag des deutschen Überfalls auf Polen 1939 — nach Warschau reist oder zu einem anderen Datum?*

Helmut Kohl: Ich halte diese Diskussion für unangebracht. Die Reisen des Bundespräsidenten werden selbstverständlich mit der Bundesregierung abgestimmt. Und dabei spielen natürlich auch Stand und Entwicklung unserer aktuellen Gespräche mit der polnischen Regierung eine wichtige Rolle. Es ist doch im übrigen auch bekannt, daß ich am 1. September aus Anlaß des 50. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges eine Regierungserklärung im Deutschen Bundestag abgeben werde und sich auch die Fraktionen des Deutschen Bundestages dazu äußern werden.

Frage: *Wie entwickelt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt?*

Helmut Kohl: Bis Jahresende wird es gegenüber 1983 insgesamt über eine Million neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze geben, qualifizierte und sichere Arbeitsplätze. Allerdings werden wir die Arbeitslosenstatistik nicht wesentlich verändern können. Das hängt zusammen mit mehreren Faktoren, die ich grundsätzlich positi-

„Bis Jahresende wird es gegenüber 1983 insgesamt über eine Million neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze geben, qualifizierte und sichere Arbeitsplätze. Allerdings werden wir die Arbeitslosenstatistik nicht wesentlich verändern können.“

tiv bewerte, obwohl sie sich eben in der Statistik negativ darstellen. Da ist zum Beispiel der Zuzug von Aussiedlern. 200 000 Aussiedler allein im Jahr 1988.

Frage: Und welche Faktoren noch?

Helmut Kohl: Wir haben weiterhin ein starkes, steigendes Interesse von Frauen an einer Berufstätigkeit. Darüber hinaus haben jetzt die letzten Vertreter der geburtenstarken Jahrgänge ihre Ausbildung abgeschlossen und suchen Arbeitsplätze.

Frage: Das sind die Normalfälle. Aber welche Problemfälle belasten den Arbeitsmarkt?

Helmut Kohl: Wir haben vor allem drei Problemgruppen. Da sind einmal die Regional- und Strukturprobleme. Denken Sie beispielsweise an die Schwierigkeiten bei der Kohle und bei den Werften. Hier rächen sich manche Versäumnisse, die lange Jahre zurückliegen. Zum zweiten macht sich vor allem bei Frauen in negativer Weise der Mangel an Teilzeitarbeitsplätzen bemerkbar. Wir wissen, daß es neben rund 240 000 Teilzeitarbeitsplatzsuchenden weitere rund 600 000 Vollbeschäftigte gibt, die eine Teilzeitarbeit bevorzugen würden. Davon sind drei

Viertel Frauen. Trotz aller gesetzlichen Verbesserungen sind wir bei den Teilzeitarbeitsplätzen überhaupt noch nicht auf einem zufriedenstellenden Weg. Da haben alle versagt — Bund, Länder, Gemeinden haben nicht genügend Angebote gemacht, die Industrie auch nicht, die Gewerkschaften haben sich hierfür ebenfalls zu wenig eingesetzt. Das ist eine der wichtigen Aufgaben für die nächsten Jahre: die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Schaffung von neuen Teilzeitarbeitsplätzen vor allem für Frauen. Die dritte Gruppe verdient aus meiner Sicht ebenfalls große Aufmerksamkeit. Das sind die älteren Arbeitslosen.

Frage: Welche Lösung schlagen Sie also vor?

Helmut Kohl: Wir müssen wieder die Dynamik, die Vitalität und die Energie der Jungen mit der Lebenserfahrung, der Weisheit und der Geduld der Älteren verbinden, und das heißt, daß wir Mitbürger im Alter von über 50 nicht zum alten Eisen abstempeln dürfen.

Frage: Eine Frage noch an den politischen Menschen Helmut Kohl: Können Sie sich eine Männerfreundschaft Helmut Kohl und Waigel oder Helmut Kohl und Streibl vorstellen? Wird es gemeinsame Spaziergänge — wie mit Franz Josef Strauß — geben?

Helmut Kohl: Dieses Begriffes bedarf es nicht, um das herzliche Verhältnis und die freundschaftliche Zusammenarbeit mit beiden zu bezeichnen. Wir kennen uns seit langem und schätzen einander. Mit dem neuen CSU-Vorsitzenden Theo Waigel und Ministerpräsident Max Streibl verbindet mich eine lange politische Freundschaft, die auch ein offenes Wort verträgt. Gemeinsame Spaziergänge mit ihnen wird es nicht erst künftig geben — sie hat es schon gegeben; denn viele Probleme lassen sich abseits der Hektik des Alltags besonders intensiv und fruchtbar besprechen.

Rentenreform 1992

Stabilität und Sicherheit für alle

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ist es gelungen, die SPD für sein Konzept für eine Reform der Rentenversicherung zu gewinnen. Nachdem im Vorfeld der Diskussion die CDU immer wieder die Bereitschaft unterstrichen hatte, die Reform der Rentenversicherung in einem möglichst breiten Konsens zu verabschieden, liegt inzwischen ein Konzept von CDU/CSU-, FDP- und SPD-Vertretern vor, das den Fraktionen vorgelegt werden und im März als gemeinsamer Gesetzentwurf im Bundestag eingebbracht werden soll.

Der Konsens sieht vor:

- Die Reform wird im bestehenden System vorgenommen.
- Ab 1992 wird die bisher bruttolohnbezogene Rentenanpassungsformel auf eine nettolohnbezogene umgestellt.
- Der geltende Beitragssatz in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten von 18,7 Prozent wird über 1989 beibehalten.
- Ab 2001 wird in jährlichen Dreimonatschritten und ab 2005 wird in jährlichen Sechsmonatsschritten die Altersgrenze

„Mit dem von Norbert Blüm erzielten Konsens ist es gelungen, die finanziellen Belastungen, die sich aus der Änderung der ökonomischen und demografischen Rahmenbedingungen ergeben, ausgewogen auf alle Schultern zu verteilen, also auf die Beitragszahler, den Bund und die Rentner.“

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Otto Zink

stufenweise auf 65 Lebensjahre angehoben. Von der Anhebung wird die Altersgrenze von 60 Jahren für Schwerbehinderte sowie für Berufs- und Erwerbsunfähige ausgenommen. Vom Jahre 1997 an wird der Rentenversicherungsbericht jährlich Aussagen darüber enthalten, wie sich die vom Jahre 2000 an wirkende Anhebung der Altersgrenze auf die Arbeitsmarktlage, auf die Finanzlage der Rentenversicherung und auf andere öffentliche Haushalte auswirkt.

Die weiteren Eckpunkte sind:

- Die Beitragsbemessungsgrundlage für Wehr- und Zivildienstleistende soll von derzeit 70 Prozent des aktuellen Durchschnittsentgeltes ab 1992 auf 80 Prozent der Bezugsgröße angehoben werden.
- Die ersten vier Berufsjahre sollen ab 1992 außerhalb des Gesamtleistungsmodells mit den Werten aus der tatsächlichen Beitragsleistung in diesen Zeiten, mindestens aber 90 Prozent des Durchschnittsentgeltes, bewertet werden.
- Die Zeiten des Bezuges von Lohnersatzleistungen, vor allem Zeiten der Krankheit und Arbeitslosigkeit, für die bereits bisher Beiträge gezahlt werden, sollen künftig nicht mehr als Anrechnungszeiten, sondern wie andere Beitragszeiten behandelt werden. Die Bewertung der Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit und Krankheit soll mit 80 Prozent des Gesamtleistungswertes erfolgen.
- Der Bundeszuschuß soll 1990 um 0,3 Milliarden Mark und 1991 um weitere 2 Milliarden Mark erhöht werden. 1992

wird eine zusätzliche Erhöhung um den Aufwand der Rentenversicherung im Jahre 1991 für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten um schätzungsweise 4,8 Milliarden DM notwendig. Ab 1992 wird die Aufwendung für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten nicht mehr gesondert durch den Bund erstattet. Der Bundeszuschuß wird ab 1992 entsprechend der Bruttolohnentwicklung und entsprechend den Veränderungen des Beitragssatzes in der Rentenversicherung fortgeschrieben werden.

- Ab dem Inkrafttreten des Rentenreformgesetzes soll die Altersgrenze flexibel sein, so daß die Versicherten die Altersrente schon vor der für sie maßgebenden Altersgrenze — grundsätzlich jedoch nicht vor den heute maßgebenden Altersgrenzen — in Anspruch nehmen und den Beginn der Altersrente über die maßgebliche Altersgrenze hinaus aufschieben können. Der Vorziehungszeitraum soll im Endstadium maximal drei Jahre betragen. Vor- und Nachteile einer längeren oder kürzeren Rentenbezugszeit sollen durch einen Rentenzugangsfaktor ausgeglichen werden. Für jeden Kalendermonat des vorzeitigen Altersrentenbezugs wird der Zugangsfaktor um 0,3 Prozent (3,6 Prozent pro Jahr) gemindert, für jeden Kalendermonat des Aufschiebens

„Die erreichte Vereinbarung zur Rentenstrukturreform schafft neue und zukunftsweisende Grundlagen für den Generationenvertrag. Der 1986 eingeschlagene Weg zur Anerkennung der in der Familie geleisteten Erziehungsarbeit wird systematisch ausgeweitet. Hinzu kommt die Anerkennung der Pflegetätigkeit. Endlich haben wir den Durchbruch zu einer frau- und familiengerechteren Alterssicherung erreicht.“

Rita Süssmuth

CDU/CSU-Fraktion hat zugestimmt

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 14. Februar bei einer Gegenstimme dem Ergebnis der Gespräche zwischen Koalition und SPD über den Inhalt der Rentenreform zugestimmt. Dabei wurde besonders hervorgehoben, daß das Rentenkonzept die notwendige Antwort auf die langfristig wirkende Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung darstellt. Deshalb müssen die Lebensarbeitszeit verlängert und die Leistung der Kindererziehung in der Rentenversicherung verstärkt anerkannt werden. Das Reformkonzept verbessert insbesondere auch die rentenrechtliche Situation der Frauen.

des Rentenbeginns über das 65. Lebensjahr hinaus wird der Zugangsfaktor um 0,5 Prozent (6 Prozent pro Jahr) erhöht.

- Altersrenten können als Vollrenten und als Teilrenten in Höhe von einem Drittel, der Hälfte oder von zwei Dritteln in Anspruch genommen werden. Bei Inanspruchnahme einer Teilrente sind entsprechend der Teilrentenhöhe und dem früheren Arbeitsverdienst höhere Hinzverdienste als bei Inanspruchnahme einer Vollrente zulässig.

Des weiteren wurde beschlossen, daß die Belastungen, die sich aus der Bevölkerungsentwicklung ergeben, auf ganz oder teilweise aus Steuermitteln finanzierte Alterssicherungssysteme zu übertragen sind. Ein Gesetzentwurf wird noch in dieser Legislaturperiode eingebracht und verabschiedet werden. Die darin enthaltenen Maßnahmen sollen gleichzeitig mit dem Rentenreformgesetz 1992 in Kraft treten.

Heiner Geißler zum Rentenkompromiß:

Langfristige Stabilisierung und Anerkennung der Arbeit in der Familie

Zu dem von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erzielten Rentenkompromiß erklärt Generalsekretär Heiner Geißler:

Norbert Blüm hat sich mit seinem unermüdlichen Einsatz für eine gerechte Rentenreform den Dank der Partei und aller Bürger unserer Republik verdient. Der von ihm erreichte Konsens in der Rentenversicherung ist ein historisches Ereignis in der deutschen Sozialgeschichte. Stabilität und Sicherheit für alle, Unterstützung der Frauen und Familien, diese Richtung stimmt nicht nur heute, sondern auch weit über das Jahr 2000 hinaus. Wer jetzt mit kleinlichen Argumenten oder aus parteitaktischen Überlegungen den Reformkonsens gefährdet, offenbart einen Mangel an Verantwortungsbewußtsein.

Die Leistungen der Rentenversicherung sind für Millionen von Rentenbeziehern und ihre Angehörigen die wesentliche Existenzgrundlage über Jahrzehnte hinweg. Ängste der heutigen Rentner und der künftigen Rentner — der Noch-Beitragszahler — um diese Existenzgrundlage würden die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung und damit letztlich die politische Stabilität und den sozialen Frieden gefährden.

Solide, sozialgerechte und frauenfreundliche Lösung

Der nunmehr gefundene Konsens wird von mir voll unterstützt. Er beinhaltet eine solide, sozialgerechte und frauenfreundliche Lösung. Denn es werden

dabei zwei Dinge verbunden, die oft als nicht miteinander vereinbar oder als zu schwierig in der Gestaltung und Durchsetzung angesehen werden: Nämlich langfristige Stabilisierung und Anerkennung der Arbeit in der Familie.

Es muß konsolidiert werden, weil die kommenden Lasten aus dem Anstieg der Lebenserwartung und dem Rückgang der Geburten nicht allein von den Beitragszahlern und Steuerzahlern getragen werden können. Der Belastungsanstieg muß nicht nur im Interesse der Beitragszahler,

Fortwährende Korrekturen werden überflüssig

sondern auch zur Erhaltung der Generationssolidarität und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit begrenzt werden. Dies gelingt vor allem durch die Nettoanpassung der Renten und eine spätere Anhebung der Altersgrenzen. Die Nettoanpassung wird ein Rentenniveau sichern, das dem Ziel der Lebensstandardsicherung entspricht. Fortwährende Korrekturen des Gesetzgebers werden überflüssig.

Außerdem unterstütze ich die Anhebung der Altersgrenzen erst im Jahre 2001. Es wird mit kleinen Schritten begonnen, weil wir diese Maßnahmen auf die Arbeitsmarktsituation abstimmen müssen. Ich begrüße es, daß bei der Anhebung der Altersgrenzen eine klare Entscheidung und nicht eine bloße Absichtserklärung vorgesehen ist; dies erfordert der Vertrauensschutz, die Sicherheit der Renten und die Lebensplanung der Menschen.

Langfristig muß aber auch für unsere Familien mehr ausgegeben werden, weil sie die Grundlagen der Rentenversicherung und des Staates sind. Der Generationenvertrag muß stabilisiert werden. Dieser Weg wurde von uns mit der erstmaligen Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht 1986

Es muß mehr für die Familien ausgegeben werden

beschritten. Er wird in dieser Reform in einem Maße ausgebaut, wie es bislang immer als wünschenswert aber meist als nicht machbar angesehen wurde: Für Geburten ab 1992 wird für jedes Kind die Kindererziehungszeit in der Rentenversicherung von einem Jahr auf drei Jahre ausgedehnt.

Außerdem wurden Kindererziehung bis zum 10. Lebensjahr eines Kindes und nichtberufliche Pflege bei der 35jährigen Wartezeit für vorzeitige Altersrenten, bei der Aufrechterhaltung des Invaliditätsschutzes und bei der Bewertung beitragsfreier Zeiten so berücksichtigt, als ob die Mütter in dieser Zeit erwerbstätig gewesen wären.

In diesem Zusammenhang kann auch niemand die Augen davor verschließen, daß viele Frauen insbesondere aufgrund der Leistungen, die sie für die Familie und die Kinder erbringen, gegenüber Männern im Erwerbsleben oft benachteiligt sind. Deshalb war es ein richtiger Schritt, die Renten nach Mindesteinkommen auf Zeiten bis 1992 zu verlängern. Damit werden vor allem die Rentenanwartschaften der Frauen deutlich verbessert.

Ein wichtiger Erfolg des Rentenkomromisses ist auch die Neugewichtung der Pflegeleistung. Wer Pflegeleistungen erbringt, kann sich künftig zu besseren Bedingungen versichern als heute.

Aussiedlertelefon

Als zentrale Kontaktstelle für Aussiedlerfragen ist im Bundesinnenministerium ein Aussiedlertelefon eingerichtet worden. Telefon-Nummer: (02 28) 681-45 45. Täglich zwischen 8.30 und 16.30 Uhr werden erfahrene Mitarbeiter diese Telefonkontakte wahrnehmen.

— Dazu erklärte Horst Waffenschmidt, Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

- Täglich bieten viele Bürger Hilfen an für Deutsche, die als Aussiedler zu uns kommen, z. B. Wohnungen oder Arbeitsplätze. Damit diese Angebote besser genutzt werden können, sollen sie schnell und unbürokratisch weitervermittelt werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Landesbeauftragten wurde sichergestellt.
- Umfangreiche Schriftwechsel zu den anstehenden Aufgaben sind oft wenig effektiv. Deshalb müssen die technischen Mittel der Verwaltung verstärkt und phantasievoll eingesetzt werden! Diese beschleunigten Verfahren kommen allen Bürgern zugute.
- Jedermann kann sich ab sofort mit Fragen, Vorschlägen und Anliegen beim Aussiedlertelefon des Bundesinnenministeriums melden. Es ist Vorsorge getroffen, daß alle Initiativen sorgfältig bearbeitet werden können.
- Bisherige Erfahrungen mit dem Aussiedlertelefon bei der Hessischen Landesregierung sind sehr gut. Alle Länder sollten dem Beispiel folgen und auch Aussiedlertelefone einrichten.

Rentenreform 1992:

Einvernehmen über die Eckwerte

Der Bundesvorstand der CDU hat in seiner Sitzung am 13. Februar folgenden Entschließungsantrag zur Rentenreform 1992 beschlossen:

1 Der Bundesvorstand der CDU dankt den Vertretern der Arbeitsgruppe der Fraktionen, die unter Leitung von Norbert Blüm in konstruktiven Gesprächen Einvernehmen über Eckwerte der Rentenreform 1992 erreicht haben. Dies war möglich, weil alle Beteiligten im Interesse des Gemeinwohls und der Bürger vorhandene unterschiedliche Auffassungen bei einem Teil der zu entscheidenden Fragen zurückgestellt haben.

2 Die gefundene Einigung über eine Rentenreform im bestehenden System wird von der CDU begrüßt. Die in der Koalitionsvereinbarung für die 11. Legislaturperiode aufgezeigten Eckpunkte sind in allen wesentlichen Teilen berücksichtigt.

Die kommenden Lasten aus dem Anstieg der Lebenserwartung und dem Rückgang der Geburten werden gerecht verteilt. Der Belastungsanstieg hält sich nicht nur im Interesse der Beitragzahler, sondern auch zur Erhaltung der Generationen-Solidarität und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in akzeptablen Grenzen. Dies gelingt vor allem durch die Nettoanpassung der Renten und die Anhebung der Altersgrenzen. Der CDU-Bundesvorstand begrüßt, daß bei der Anhebung der Altersgrenzen eine klare Entscheidung für die Jahre 2001 und folgende getroffen wurde. Dies erfordert die Ehrlichkeit, die Sicherheit der Renten und die Lebensplanung der Menschen.

Langfristig wird aber auch innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung mehr für unsere Familien geleistet; hierdurch werden die Grundlagen der Rentenversicherung gestärkt. Hervorzuheben ist die Verlängerung der Kindererziehungszeit in der Rentenversicherung von einem auf drei Jahre ab 1992. Damit wird ein Weg konsequent weitergeführt, den die Koalition schon im Jahre 1986 eingeschlagen hat.

3 Der CDU-Bundesvorstand erwartet von allen Beteiligten, daß sie diesen Ergebnissen zustimmen und die Gesetzgebung bald beginnen und noch in diesem Jahr abgeschlossen werden kann.

DDR soll Mindestumtausch bald abschaffen

Der Vorsitzende der Jungen Union, **Christoph Böhr**, hat die DDR-Regierung aufgefordert, den Mindestumtausch für Besucher noch in diesem Jahr abzuschaffen. Die DDR müsse nach Abschluß des KSZE-Folgetreffens nunmehr für eine „zügige Umsetzung ihrer im Schlußdokument gemachten Zusagen“ sorgen. Dabei stehe die Einhaltung der Menschenrechte, eine grundlegende Korrektur des Verhaltens gegenüber oppositionellen Gruppen sowie der grundsätzliche Verzicht auf jede Form von Zensur an erster Stelle. Falls die DDR es auch weiterhin bei Lippenbekenntnissen und Ankündigungen belasse, gehe sie einen Weg, an dessen Ende die „vollkommene Isolierung der DDR innerhalb Europas“ stehe.

Antworten auf die wichtigsten Fragen zur Gesundheitsreform

Härteklausel

Bei Zahnersatz, Bädern und Fahrtkosten sind die Zuzahlungen gestiegen. Was heißt dies für Bezieher kleiner Einkommen? — Sie sind davon überhaupt nicht betroffen. Dafür sorgt die Härteklausel. Nehmen wir an, eine Rentnerin hat monatlich 1 260 DM. Selbst, wenn sie ständig zur Rheumabehandlung gefahren werden muß und ein neues Gebiß braucht, zahlt sie keinen Pfennig aus eigener Tasche. Ebenso bleibt zum Beispiel ein Ehepaar mit zwei Kindern bei einem Monatseinkommen von 2 360 DM brutto von Zuzahlungen befreit. Ebenso alle Empfänger von Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe oder BAFög-Leistungen.

Überforderungsklausel

Und was ist mit den Normalverdienern? Hier zieht die neue Überforderungsklausel eine Obergrenze für die Eigenbeteiligung.

Auf zwei Prozent des Einkommens begrenzt sind danach die Zuzahlungen aller Versicherten, deren Bruttoeinkommen über den obengenannten Beträgen liegt, aber 4 575 DM im Monat nicht übersteigt. Versicherten mit mehr als 4 575 DM Einkommen im Monat wird eine maximale Eigenbeteiligung von vier Prozent zugemutet.

So zahlt z. B. ein Alleinstehender bei einem Monatseinkommen von 3 000 DM maximal 60 DM aus eigener Tasche zu. Familien werden aber noch einmal extra entlastet: Ehepaare mit zwei Kindern zahlen bei 3 000 DM Monatseinkommen nie mehr als 38 DM, bei 4 000 DM Monatseinkommen 58 DM.

Zahnbehandlung

Der normale Gang zum Zahnarzt bleibt kostenlos. Bei Zahnpfosten müssen die Eltern jetzt 20 Prozent der Kosten vorübergehend selbst tragen. Sie erhalten diesen Eigenanteil aber zurück, wenn die Behandlung planmäßig abgeschlossen ist. Damit soll verhindert werden, daß Klammern, die die Versichertengemeinschaft viel Geld kosten, gar nicht getragen werden.

Auch beim Zahnersatz wird die Eigenverantwortung gestärkt: Wer regelmäßig zum Zahnarzt geht und später nur einen technisch einfachen Zahnersatz benötigt, muß nur 25 Prozent der Kosten tragen. Wer sich dagegen um die Pflege seiner Zähne nicht kümmert und aufwendigen Ersatz braucht, wird 50 Prozent, ab 1991 sogar 60 Prozent der Kosten selbst tragen müssen.

Neue Leistungen

Wer zu Hause einen schwerstpflegebedürftigen Angehörigen betreut, kann jetzt einmal im Jahr Urlaub machen. Die Kosten für eine Ersatzkraft zahlt die Kasse. Und ab 1991 gibt es eine Pflegekraft für 25 Stunden monatlich oder ein Pflegegeld von 400 DM. Außerdem wird mehr Geld für Früherkennungsprogramme ausgegeben, damit außer Krebs auch Kreislauferkrankungen, Nierenerkrankungen und Diabetes rechtzeitig erkannt werden.

Krankenhauszuzahlung

Das nur für die ersten 14 Tage zu zahlende Tagegeld wird von fünf Mark auf zehn Mark angehoben — allerdings erst ab 1991.

Sozialdemokraten zum Pakt mit den Linksradikalen bereit

Zur Diskussion in der SPD über rot-grüne Regierungsbündnisse auf Bundesebene erklärt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rudolf Seiters:

Die SPD-Bundesgeschäftsführerin Fuchs hat die Alternative Liste in Berlin eine „stabile und zuverlässige Partei“ genannt und schließt auch prinzipiell keine rot-grünen Koalitionen auf Bundesebene mehr aus. Das Schweigen des Parteivorsitzenden Vogel in dieser Angelegenheit bedeutet die offenkundige Zustimmung

Die Tünche ist ab

zu einer Entwicklung, auf die er von Anfang an keinen Einfluß hatte. In der SPD ist die Tünche einer angeblichen Ablehnung grüner Positionen verflogen. Warnende Stimmen wie die des Politologen und SPD-Vordenkers Prof. Löwenthal und des Gewerkschaftsführers Rappe werden nicht mehr gehört.

Es ist bedrückend zu sehen, mit welcher Leichtfertigkeit und Geschwindigkeit die SPD mit Linksradikalen zu paktieren bereit ist, die internationale Abmachungen zum Schutz Berlins und Deutschlands aufzugeben wollen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert daher den SPD-Vorsitzenden Vogel auf, zu erklären, ob er die folgenden Positionen der Alternativen Liste Berlin für grundgesetzkonform hält und ob er diese Positionen eines möglichen Koalitionspartners für tragbar hält:

„Die AL wird weiterhin ein von den Vorstellungen der Herrschenden abweichendes Parlamentsverständnis haben.“

- „Wir wollen den öffentlichen Dienst demokratisieren, indem wir die Voraussetzungen schaffen, daß die dort arbeitenden Menschen ihre jeweiligen Vorgesetzten wählen und abwählen.“
- „Um Gesinnungsjustiz auszuschließen, fordern wir die Streichung des gesamten politischen Strafrechts.“
- „Die Kompetenzen der Alliierten, die die inneren Angelegenheiten der Stadt betreffen, sind auf Berliner Gerichte und Behörden sowie auf das Parlament zu verlagern.“
- „Wir fordern ein gesetzlich verankertes allgemeines Akteneinsichtsrecht.“
- „Die AL fordert daher die Auflösung des Berliner Verfassungsschutzes.“
- „Vergesellschaftung von Funk und Fernsehen.“
- „Wege zur Abschaffung von Gefängnissen.“
- „Die Polizei wird abgerüstet, sie wird personell verkleinert, entwaffnet und ohne Feindbilder ausgebildet.“

„Raus aus der NATO“

- „Abrüstung und angestrebte Entmilitarisierung in einem blockfreien Europa sind unvereinbar mit einem Verbleib (der BRD) in der NATO und der damit einhergehenden Einbindung in deren aggressive Militärdoktrin.“
- „Die AL tritt daher für die vorbehaltlose Anerkennung der DDR und für die Respektierung ihrer Staatsbürgerschaft ein. Berlin/DDR ist als Hauptstadt der DDR ebenfalls anzuerkennen. Wir verzichten auf Neu- und Wiedervereinigungsoptionen.“

- „Die militärische Präsenz der West-Alliierten wird bis auf einen symbolischen Rest abgebaut.“
- „Die Polizei muß aus gesellschaftlichen Konflikten und aus politischen Auseinandersetzungen weitestgehend zurückgezogen werden.“
- „Die freiwillige Polizeireserve ist aufzulösen.“
- „Wir wenden uns nicht nur gegen jede personelle und materielle Aufstockung der geschlossenen Einheiten, sondern fordern einen weitgehenden Stellenabbau der gesamten Polizei.“
- „Vielmehr machen wir unsere Anerkennung staatlicher Entscheidungen unter den gegebenen Bedingungen von inhaltlichen Kriterien abhängig.“
- „Weder Demonstrationen noch Aktionen des zivilen Ungehorsams, noch Widerstands- und Verweigerungshandlungen im oben genannten Sinn sind für uns Formen von Gewalt. Wir entfernen uns damit wesentlich von der Auffassung vieler Politiker und Juristen.“
- „Es wird notwendig sein, die private Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln einzuschränken.“

(Aus dem Wahlprogramm der Alternativen Liste 1989, verabschiedet im November 1988)

Heinrich-Köppler-Jugendpreis der Jungen Union

Bis zum 31. März können noch Vorschläge für die diesjährige Verleihung des Heinrich-Köppler-Jugendpreises der Jungen Union Deutschlands gemacht werden.

Vorrangig sind solche Organisationen vorzuschlagen, die ohne professionelle

„Energiesparbuch für das Eigenheim“ neu

Das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat einen Nachdruck der Broschüre „Energiesparbuch für das Eigenheim“ herausgegeben. Die große Nachfrage belegt eindrucksvoll, wie stark das Interesse der Bevölkerung an Fragen der Energieeinsparung ist und welch nachhaltiges Informationsbedürfnis zu diesem Themenkomplex weiterhin besteht.

Bundesbauminister Oscar Schneider hat hierzu betont, daß Energiesparmaßnahmen im Gebäudebereich noch bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Neue technische Entwicklungen können den Wärmeschutz effektiver verbessern und den Energieverbrauch beträchtlich absenken. Es gilt jetzt, diese Innovationen stärker zu nutzen, damit die Umwelt vor vermeidbaren Belastungen nachhaltiger geschützt wird.

Die Broschüre kann in Einzelexemplaren bezogen werden beim Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Deichmanns Aue, 5300 Bonn 2, Tel. (02 28) 3 37-544

Unterstützung arbeiten. Es sollen vor allem jene berücksichtigt werden, die in unserer Gesellschaft meist im stillen und ohne große Beachtung durch die Öffentlichkeit ihre **Arbeit zugunsten der Menschenrechte** leisten. Neben dem Siegerpreis von 3 000 DM erhalten die Zweitplazierten 2 000 DM und die Drittplazierten 1 000 DM.

Adresse für Ausschreibungsunterlagen, Vorschläge oder Bewerbungen: Junge Union Deutschlands, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2.

Arbeitslosigkeit liegt jetzt deutlich unter dem Vorjahresniveau

Als Ergebnis ihrer erfolgreichen Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsförderungs- und Sozialpolitik wertet die Bundesregierung die deutliche Verbesserung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Zu den neuesten Zahlen erklärte der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Friedhelm Ost:

Der anhaltend kräftige Aufschwung der Konjunktur wirkt sich weiterhin positiv auf den Arbeitsmarkt aus:

- Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich allein von Dezember 1987 bis Dezember 1988 um fast 190 000 erhöht; seit Winter 1983 bis heute sind damit rund 920 000 neue Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland entstanden.
- Trotz der zunehmenden Zahl der Arbeitsuchenden geht die Arbeitslosigkeit immer deutlicher unter das Vorjahresniveau zurück; sie erreichte im Januar dieses Jahres den niedrigsten vergleichbaren Stand seit 1982. Die Arbeitslosenquote — bezogen auf die Erwerbstätigen insgesamt — fiel seit Januar 1988 von 8,8 auf jetzt 8,1 Prozent; für die Jugendlichen unter 20 Jahren beträgt die Quote nur noch 5,3 Prozent.

Große Zahl offener Stellen

- Die Kurzarbeit konnte gegenüber dem Vorjahr erneut spürbar abgebaut werden. Die Zahl der offenen Stellen, die von den Arbeitsämtern angeboten werden, hat aufgrund der nach wie vor guten Auftragslage in weiten Bereichen der Wirtschaft deutlich zugenommen und den höchsten vergleichbaren Stand seit 1981 erreicht; hinzu kommt eine große Zahl von offenen Stellen, die über Zeitungsinsserate angeboten werden.

Die Bundesregierung erwartet, wie sie im Jahreswirtschaftsbericht deutlich gemacht hat, daß sich die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt in diesem Jahr weiter fortsetzt. Dafür sprechen das nach wie vor günstige Konsumklima und die positiven Produktions- und Umsatzerwartungen der Wirtschaft ebenso wie die optimistische Stimmung in nahezu allen Branchen und die Tatsache, daß viele Unternehmen ihre Investitionsetats für 1989 aufgestockt haben.

Appell an die Tarifpartner

Die Bundesregierung appelliert an die Tarifpartner sowie an die Unternehmensleitungen und Betriebsräte, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die günstigen Wachstumsbedingungen in neue Arbeitsplätze umzusetzen und darüber hinaus durch den Abbau der immer noch hohen Zahl vermeidbarer Überstunden, eine flexiblere Gestaltung von Arbeits- und Betriebsabläufen, die Einrichtung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze und eine Verstärkung der innerbetrieblichen Qualifizierung weitere Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

ABM-Maßnahmen auf Höchststand

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind von 29 000 geförderten Arbeitnehmern 1982 auf 117 000 Teilnehmer Ende 1988 gestiegen. Über 3,3 Mrd. DM haben wir dafür im letzten Jahr ausgegeben. Das ist fast viermal soviel wie im letzten Jahr der SPD-geführten Bundesregierung.

Wer mehr vorgerüstet hat, der muß jetzt auch mehr abrüsten

Nach der Sowjetunion hat jetzt auch die DDR einseitige Reduzierungen ihrer konventionellen Überlegenheit angekündigt. Es muß damit gerechnet werden, daß auch andere Warschauer-Pakt-Staaten mit derartigen Maßnahmen folgen werden. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe:

Diese Ankündigungen sind zu begrüßen. Sie sind ein wichtiger Schritt und werden die am 6. März beginnenden Verhandlungen über konventionelle Abrüstung erleichtern. Das Ungleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt ist groß und macht es ungeheuer schwer, schon bald zu Vereinbarungen über ein Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau zu kommen.

Nun wird gefragt, ob denn der Westen nicht mit eigenen Maßnahmen antworten sollte. Dazu ist zu sagen:

- Wenn die NATO vor Beginn der Verhandlungen einseitige Schritte in diesem Bereich machen würde, dann würde sie die Verhandlungen erschweren, denn dann würde die Schere des Ungleichgewichts wieder weiter auseinandergehen. Doch wird der Westen in den Verhandlungen auch zu deutlichen Reduzierungen auf seiner Seite bereit sein und dafür seinen ersten Verhandlungsvorschlag, den er im Dezember gemacht hat, weiter entwickeln, sobald der Osten darauf geantwortet hat.
- Die jetzt angekündigten einseitigen östlichen Rückzüge sind auch eine Bestätigung unserer jahrelang vertretenen Auffassung, daß der Warschauer Pakt der NATO

mehrfa ch überlegen ist und eine Invasionsfähigkeit besitzt. Gorbatschow selbst hat ja erst kürzlich davon gesprochen, daß die jetzige Struktur der sowjetischen Streitkräfte eindeutig offensivfähig ist. Insofern gilt hier für den Warschauer Pakt: Wer mehr vorgerüstet hat, muß auch mehr abrüsten.

Wenn die DDR-Führung jetzt der sowjetischen Bereitschaft zu einseitigen Reduzierungen nachfolgt, dann hat das sicherlich auch innenpolitische Bedeutung: Damit wird versucht, sich vom Image eines Bremsers gegenüber der sowjetischen Umgestaltungspolitik zu befreien. Die jetzt erklärte Abrüstungsmaßnahme ist kein Ersatz für mehr Freizügigkeit und mehr Freiheit für die Menschen in der DDR. Deswegen bleibt Herr Honecker in dieser Frage nach wie vor gefordert.

Machen Sie Urlaub in der DDR!

Der Vorsitzende der Jungen Union, Christoph Böhr, fordert die Bundesbürger auf, bei ihrer diesjährigen Urlaubsplanung vermehrt die DDR als Reiseziel ins Auge zu fassen.

Viele Bundesbürger scheuen vor den Formalitäten zurück, die vor dem Antritt einer Reise in die DDR zu erfüllen sind. Deshalb muß die DDR die Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Individualtouristen erleichtern. Dazu gehört, daß Visa für Touristen an der Grenze ausgestellt werden und den Urlaubern die Wahl der Aufenthaltsorte überlassen wird.

Neuorientierung in der Agrarpolitik

Die deutsche Landwirtschaft steht angesichts der Überschüsse bei Agrarprodukten in Europa und dramatischen Veränderungen auf den Weltmärkten vor schweren Herausforderungen. Die Bundesregierung hat seit 1982 durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket für die Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Existenzsicherung der Landwirte geleistet und gleichzeitig eine Perspektive für die neunziger Jahre gegeben. Als bedeutsame Pluspunkte hierfür sind festzuhalten:

1 Die Stabilitätspolitik der Bundesregierung hat auch in der Landwirtschaft zu einer beachtlichen Kostensenkung geführt.

2 Mit der Flächenstillegung, der Produktionsaufgaberente und dem Extensivierungsprogramm sind für die deutschen Landwirte marktgerechte, sozial- und umweltpolitisch sinnvolle Alternativen geschaffen worden, die es ihnen ermöglichen, ihre Produktion zukünftig unmittelbar gegen Einkommensausgleich einzuschränken.

3 Die Ausgleichszahlungen für Landwirte in benachteiligten Gebieten haben deren Chancengleichheit verbessert.

4 Die Milchproduktionsbegrenzung hat zu einer Stabilisierung — in letzter Zeit zu einer Erhöhung der Milcherzeugerpreise und drastischen Mengenrückführungen geführt.

5 Die finanziellen Hilfen sind kontinuierlich verbessert worden und stellen einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Existenz und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft dar. Dieses

umfangreiche Stützungsprogramm umfaßt im einzelnen:

● **Agrarhaushalt:** Steigerung der Ausgaben im Bundeshaushalt für die Landwirtschaft 1983 bis 1988: + 43,8 Prozent

● **Agrarsozialpolitik:** Seit 1983 Ausgabensteigerung um 36,7 Prozent von rund 3,5 Mrd. DM auf ca. 4,9 Mrd. DM 1988. Für 1989 sind 5,143 Mrd. DM vorgesehen.

● **Altershilfe:** Zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 418 Mio. DM und 512 Mio. DM 1988 gegenüber 1983. 1989 beträgt das Gesamtausgabenvolumen 2,74 Mrd. DM.

**Von Richard Bayha,
Vorsitzender des
Bundesfachausschusses
Agrarpolitik der CDU**

● **Agrarsoziale Sicherung:** Bundesmittel zur Entlastung von Beiträgen in Höhe von 450 Mio. DM 1987 und 335 Mio. DM 1988

● **Unfallversicherung:** Erhöhung des Zuschusses auf 400 Mio. DM jährlich seit 1985 und 450 Mio. DM ab 1988

● **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“:** Von 1,155 Mrd. DM 1983 auf 1,485 Mrd. DM 1988, insbesondere für verstärkte Förderung benachteiligter Gebiete (Ausgleichszulage 1983: 64 Mio. DM, 1988: 445 Mio. DM)

● **Milchrente:** Jährlich 100 Mio. DM von 1985 bis 1994. Zusätzliche Leistungen zur Verringerung der Milcherzeugung 1988 421 Mio. DM.

● **Einkommensausgleich über die Mehrwertsteuer:** 1988 rund 2,9 Mrd. DM

Weichenstellungen für die Zukunft

Zu den Weichenstellungen für die Zukunft der deutschen Landwirtschaft gehören die Flächenstilllegung, die mittelfristig das Gleichgewicht auf den überfüllten Innen- und Außenmärkten herstellen soll, die Produktionsaufgaberente, die älteren Landwirten den Ausstieg aus der Produktion erleichtern und gleichzeitig Land für aufstockungswillige Landwirte bereitstellen soll, und das Agrar-Strukturgesetz, das die gezielte Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft zum Inhalt hat.

Flächenstilllegung

- **Ziele:** Marktentlastung, Verbesserung der Agrarstruktur, Beitrag zur Einkommenssicherung, Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz
- **Grundsätze:** EG-weite Anwendung, völlige Freiwilligkeit, finanzieller Ausgleich
- **Zuwendungszweck:** Förderungsfähig ist die Stilllegung von Ackerflächen, die
 - mindestens vom 1. Juli 1987 bis 30. Juni 1988 als Acker genutzt worden sind
 - der Erzeugung von Marktordnungsprodukten während des Referenzmengenzeitraums und bei Einreichen des Antrags gedient haben bzw. dienen.
- **Teilnehmer:** Land- und forstwirtschaftliche Unternehmer
- **Stilllegung:** Mindestens 1 ha Fläche pro Betrieb in Form von
 - Dauerbrache
 - Rotationsbrache
 - Aufforstung
 - Naturschutz und Landschaftspflege
- **Verpflichtungen:** Mindestens 20 Prozent der Ackerfläche des Betriebes müssen fünf Jahre lang stillgelegt werden.

● **Höhe der Förderung:** 700 DM je ha brachgelegtes Ackerland bis 1.416 DM je nach Ertragsmeßzahl

● **Stand der Stillegungsmaßnahme vom 15. Oktober 1988:** Knapp 19.500 Anträge für fast 143.000 ha. Die zur Verfügung stehenden 263 Mio. DM Bundes- und Landesmittel waren damit zu fast 60 Prozent ausgeschöpft. Am Ende der Antragsfrist dürfte die Mittelausschöpfung unter 70 Prozent liegen. Damit würden im ersten Jahr der Anwendung ca. 160.000 ha stillgelegt.

● Ausschöpfungsgrade:

Schleswig-Holstein, Niedersachsen: fast zu 100 Prozent, Baden-Württemberg, Hessen: 85 bzw. knapp 80 Prozent, Bayern, Saarland: 11 bzw. 29 Prozent, Rheinland-Pfalz: 66 Prozent

● Umsetzung in der Europäischen Gemeinschaft:

Bisher haben erst vier Partnerländer nationale Durchführungsvorschriften veröffentlicht, und zwar Belgien, Großbritannien, die Niederlande und die Bundesrepublik. Frankreich, Irland, Luxemburg und Italien haben Durchführungsvorschriften vorgelegt und inzwischen die Änderungswünsche akzeptiert. Griechenland und Spanien stehen in Verhandlungen, während Dänemark sich noch im Anfangsstadium befindet. Portugal ist von der Maßnahme ausgenommen.

Produktionsaufgaberente:

- **Ziele:**
 - Marktentlastung
 - Strukturverbesserung der weiterwirtschaftenden Betriebe
 - Absicherung der ausscheidenden Landwirte hinsichtlich ihres Einkommens und ihrer sozialen Lage
- **Teilnehmer:** GAL-Landwirte ab dem 58. Lebensjahr (GAL = Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte)

- **Voraussetzungen:** Die Landwirte müssen die gesamte landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit einstellen
 - durch Aufgabe der Agrarerzeugung des Betriebes (Flächen- und Produktionsstillegung)
 - durch Abgabe der Flächen zur Aufstockung anderer Betriebe (Strukturverbesserung)
- **Förderung:** Grundbetrag in Höhe der erworbenen Altersgeldanwartschaft

Strukturgesetz

- **Zielsetzung:** Förderung einer leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft durch stärkere Bindung der Tierhaltung an die Fläche und durch die Anwendungsvorschriften für die Düngung auch eine marktgerechtere Erzeugung und umweltschonendere Produktionsweisen zu fördern.
- **Sozio-struktureller Einkommensausgleich:** Entspricht Zwei-Prozent-Punkten des derzeitigen Einkommensausgleichs über die Mehrwertsteuer, der für Einkommenseinbußen der Landwirte infolge der Aufwertung der Deutschen Mark gewährt wird.
- **Höhe des Ausgleichs:** 90 DM pro ha, Mindestbetrag pro Betrieb von 1.000 DM und Höchstbetrag von 8.000 DM pro Betrieb jährlich.
- **Empfänger:** GAL-Landwirte
- **Förderungsausschlußgrenzen für übergroße Tierbestände:** 120 Milchkühe, 400 Mastrinder, 600 Mastkälber, 200 Zuchtsauen, 1.700 Mastschweine, 50.000 Legehennen, 100.000 Masthähnchen, 33.000 Mastenten, 40.000 Mastgänse, 20.000 Mastputzen.

Zur Zucht bestimmte weibliche und männliche Jungtiere, sonstige ausschließlich zur Zucht verwendete Tiere wie Deckbullen, Mutterkühe und Deckeber

sowie Ferkel bis zum Absetzen werden nicht angerechnet.

- **Dungeinheiten:** Ebenfalls von der Förderung ausgenommen sind Betriebe, die mehr als drei Dungeinheiten je Hektar und Jahr landwirtschaftlich genutzter Fläche ausbringen (eine Dungeinheit = 80 kg Stickstoff aus Wirtschaftsdünger).
- **Anwendung von Düngemitteln:** Künftig nur nach guter fachlicher Praxis, wird im Düngemittelgesetz vorgeschrieben werden.
- **Viehzuschläge:** Zur Entlastung bäuerlicher Veredelungsbetriebe sollen die Viehzuschläge zum Einheitswert halbiert werden.
- **Bauvorhaben:** Durch Änderung der Baunutzungsordnung sollen Bauvorhaben von Betrieben mit übergroßen Tierbeständen erschwert werden.
Zur Durchführung dieser Maßnahmen werden erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt:
- **Flächenstillegung (einschließlich Extensivierung, Mutterkuhprämie, Rodung von Rebflächen):** 200 Mio. DM jährlich für 1989, ab 1990 bis 1992 250 Mio. DM jährlich. Hinzu kommen 107 Mio. DM an Mitteln der Bundesländer.
- **Produktionsaufgaberente:** 115 Mio. DM 1989, in den folgenden Jahren steigend bis auf 380 Mio. DM 1992
- **Strukturgesetz:** Rund 1,1 Mrd. DM 1989 (davon 715 Mio. DM Bundesmittel, Rest Ländermittel).
Neben diesen Gesetzesvorhaben konnten auch in anderen Bereichen der Landwirtschaft 1988 richtungweisende Ergebnisse erzielt werden:

Milch

Deutliche Erfolge zeigte in diesem Jahr die Einführung der Quotenregelung Milch: So lagerten in den Kühlhäusern der EG Mitte Oktober nur noch 367.000

Tonnen Butter, im letzten Jahr waren es noch 1,2 Mio. Tonnen. Die Interventionsbestände an Magermilchpulver betragen nur noch knapp 11.000 Tonnen gegenüber 710.000 Tonnen im vergangenen Jahr. Die eingetretene Verringerung des Milchangebotes führte zu einer positiven Preisentwicklung: Seit Herbst 1987 zunehmende Verbesserung der Erzeugerpreise für Milch sowie Festigung der Marktpreise für Milcherzeugnisse.

Getreide

1988 konnte vor allem ein Wegfall der Auslöseintervention erreicht werden, und der maximale Feuchtigkeitsgehalt von 15,5 Prozent konnte beibehalten werden. Eingeführt wurden auch Produktions-schwellen (sog. Garantiemengen), die zu einer Mengenbegrenzung an der Quelle führen sollen. Durch die Einbeziehung direkt produktionssenkender Maßnahmen

- werden der Landwirtschaft neue Wege zur Produktionsanpassung bei gleichzeitiger Einkommenssicherung eröffnet
- und wird die vor allem von der EG-Kommission erfolgte Preissenkungsstrategie entschärft.

Wein

Durch die Beschlüsse des Europäischen Rates sind die deutschen Bestrebungen zur Entlastung des Weinmarktes aufgegriffen worden, vor allem

- über die Extensivierung: danach können sich Betriebe gegen finanziellen Ausgleich freiwillig für mindestens fünf Jahre verpflichten, die Weinerzeugung um mindestens 20 Prozent durch Verringerung des Ertrags zu senken.
- über wesentliche Ausweitung der seit 1985 geltenden Regelung zur endgültigen Aufgabe von Rebflächen. Damit wird die Attraktivität der Rodungsmaßnahmen verbessert.

Agraretat

Im Bundeshaushalt 1989 sind Ausgaben für das Jahr 1989 in Höhe von 9,467 Mrd. DM vorgesehen. Dies ist eine Steigerung zum Agraretat 1988 um 10,7 Prozent.



Zukunftssicherung der Landwirtschaft – Aufgabenfelder für das neue Jahr

Für eine vernünftige Zukunfts-Planung zur Überwindung der Schwierigkeiten der deutschen Landwirtschaft und Sicherung der Lebensfähigkeit ländlich strukturierter Räume werden folgende Überlegungen stärkere Beachtung finden müssen:

- **Durch Strukturwandel** muß dem tüchtigen Landwirt ermöglicht werden, eine im Rahmen der EG wettbewerbsfähige Produktion aufzubauen. Der Wunsch vieler junger Landwirte nach größeren und moderneren Betrieben ist für sie in der EG eine Überlebensfrage.
- **Neue Arbeitsplätze** im ländlichen Raum durch z. B. Aussiedlung mittelständischer Unternehmen, Umweltmaßnahmen, Infrastrukturausbau und Dorferneuerung müssen geschaffen werden.
- **Landwirtschaft und Umwelt:** Im Rahmen der Agrarpolitik wird es notwendig sein, den Umweltbelangen verstärkt Rechnung zu tragen.
- **Forschung und Entwicklung** nachwachsender Rohstoffe müssen in enger Zusammenarbeit mit den anderen EG-Staaten beschleunigt vorangetrieben werden.
- **Im Zuge des EG-Binnenmarktes** muß eine EG-weite Harmonisierung der Produktionsbedingungen durchgesetzt werden. Dies gilt vor allem für die Bereiche Lebensmittelrecht, Veterinärrecht, Tierschutz- und Umweltrecht.

● **Das Haupteinkommen** werden die Landwirte nach wie vor aus der Produktion von Nahrungsmitteln und agrarischen Rohstoffen erwirtschaften. Mehr noch als bisher wird dabei der Landwirt als Unternehmer gefordert sein, der von sich aus aktiv ist und seinen Betrieb wettbewerbsfähig hält oder macht. Dies gilt es vor allem durch verbesserte Beratung zu unterstützen.

● **Die Ansprüche der Verbraucher** an die Vielfalt und Qualität der Nahrungsmittel werden weiter wachsen. Dazu zählt auch

mehr und mehr eine tier- und umweltfreundliche Produktion. In der Qualitätsproduktion, nicht in der Massenproduktion, werden daher gute Chancen für die mittelbäuerlichen Betriebe bestehen, die weiterhin auf die Bindung der Tierhaltung an den Boden Wert legen.

● **Strukturwandel** bedeutet in vielen Fällen der Einstieg in die Nebenerwerbslandwirtschaft. Dabei wird die Bedeutung der Zusatzeinkommen durch außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit und Einkommenskombinationen in der Landwirtschaft zunehmen.

Regionalkonferenzen im Rahmen des Europawahlkampfes

Die Bundesgeschäftsstelle gibt Ihnen noch einmal die jetzt endgültigen Termine für die Regionalkonferenzen im Rahmen des Europawahlkampfes bekannt, damit Sie sich darauf einrichten und vor allem die nötigen Vorbereitungen dafür treffen können, mit möglichst vielen Parteifreunden an den Veranstaltungen Ihres Landesverbandes teilzunehmen.

● **Samstag, 11. 3. 1989:** Regionalkonferenz Baden-Württemberg (mit dem Generalsekretär) Forum am Schloßpark Ludwigsburg, 10.30 Uhr

● **Mittwoch, 5. 4. 1989:** Regionalkonferenz Schleswig-Holstein und Hamburg (mit dem Bundeskanzler) Holstenhalle, Halle II Neumünster, 17.30 Uhr

● **Dienstag, 18. 4. 1989:** Regionalkonferenz Nordrhein-Westfalen (mit dem Generalsekretär) Mercator-Halle Duisburg, ca. 17.30 Uhr

● **Samstag, 22. 4. 1989:** Regionalkonferenz Hessen (mit dem Generalsekretär) Rhein-Main-Halle, Saal 1 Wiesbaden, 10.00 Uhr

● **Mittwoch 26. 4. 1989:** Regionalkonferenz der CDU in Niedersachsen und LV Bremen (mit dem Bundeskanzler) Weser-Ems-Halle Oldenburg, 17.00 Uhr

● **Samstag, 29. 4. 1989:** Regionalkonferenz Saar im Rahmen des Landesparteitages (mit dem Generalsekretär) Saarlandhalle

Saarbrücken, 10.00 Uhr

Hinweis: Die Mandats- und Funktionsträger der Partei werden von der CDU-Bundesgeschäftsstelle schriftlich eingeladen. Sollten Sie Interesse haben und keine Einladung erhalten, wenden Sie sich bitte an die

CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Abteilung Organisation
Konrad-Adenauer-Haus**

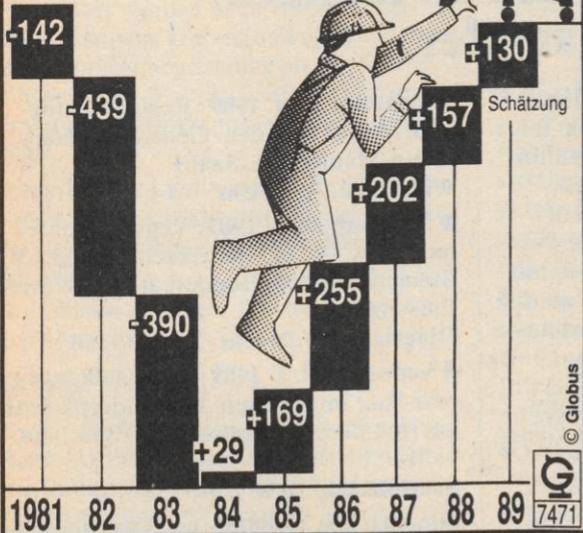
5300 Bonn 1

Tel.: (02 28) 544-256

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Arbeitsplatzverluste fast wettgemacht

Veränderung der Zahl
der beschäftigten Arbeitnehmer
in 1000



Binnen drei Jahren, 1981 bis 1983, gingen in der Bundesrepublik Deutschland rund 970 000 Arbeitsplätze verloren. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich von 1,3 Millionen im Jahre 1981 auf 2,2 Millionen im Jahre 1983. Diese Entwicklung wurde erst gestoppt, als es gelang, die Konjunktur wieder auf den Weg nach oben zu bringen. Seit 1983 wächst die Wirtschaft wieder mit nennenswerten Zuwachsraten und mit ihr — wenn auch mit einem Jahr Verzögerung — die Zahl der Arbeitsplätze. Bis 1988 haben 812 000 Arbeitnehmer eine neue Stellung gefunden, und 1989 dürften noch einmal 130 000 Arbeitsplätze dazukommen. Damit ist der Arbeitsplatzverlust der Jahre 1981 bis 1983 fast wieder wettgemacht.

Ud

5/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,- DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.